

**Düsseldorf, 29.01.2021**

***Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,***

seit nunmehr fast einem Jahr ist das Coronavirus bittere Realität für uns. Deshalb stand auch die abgelaufene Plenarwoche am Ende des Januars wieder unter den Vorzeichen der Corona-Pandemie. So haben wir in einer Aktuellen Stunde über die Corona-Impfungen in NRW diskutiert. Seit dieser Woche ist es möglich, Termine für Impfungen zu vereinbaren. Dass es haken würde, wenn eine Million Menschen, die zunächst berechtigt sind, zeitgleich einen Impftermin haben wollen, war absehbar. Wir danken deshalb den vielen Mitarbeitern, die an dieser Mammutaufgabe mitarbeiten. Klar ist: wir wollen die Systematik optimieren und die Infrastruktur verbessern, damit ein reibungsloser Ablauf bei der Terminvergabe klappt. Unser zentrales Problem ist aber nicht die Impfvergabe, sondern die Verfügbarkeit des Impfstoffes in einer ausreichenden Menge. Hier braucht es gesamtdeutsche und europaweite Lösungsansätze. Was uns nicht weiterhilft ist eine Opposition, die zum Start der Impfterminvergabe nur darauf wartet, schon nach wenigen Stunden in Pressemitteilungen von „Versagen“ und „Chaos“ zu sprechen. Nach gut zwei Tagen konnten fast 400.000 Menschen in NRW Termine für die Erst- und Zweitimpfung erhalten. Das ist ein großer Erfolg. Wir brauchen das Vertrauen der Bevölkerung und keine politischen Spielchen, die dieses Vertrauen zerstören.

Weitere Punkte aus der vergangenen Woche:

***Aus der Fraktion***

***Gute Bildung und sichere Abschlüsse***

Die Corona-Krise darf nicht auf die Kleinsten unserer Gesellschaft umgewälzt werden. Sie benötigen unsere volle Aufmerksamkeit und Unterstützung. Eine gute Bildung muss auch in den aktuellen Krisentagen gegeben sein. Deshalb hat der NRW-Landtag in dieser Woche ebenfalls über die Schulpolitik gesprochen.

Unweigerlich stellt uns diese Pandemie vor große Herausforderungen. Wir müssen den Schülern die Chance geben, zu einem zentralen und wettbewerbsfähigen, anstatt zu einem bundesweit degradierten Abschluss zu kommen. Oberstes Gebot ist dabei, dass unsere Schüler und Lehrkräfte sowie die Eltern gesund bleiben. Dass der Präsenzunterricht die beste Form des Unterrichts darstellt, ist eine Tatsache – hier sind sich Politik und Wissenschaft einig. Sowohl die Lehrkräfte in unserem Land als auch die Schülerinnen und Schüler leisten seit Beginn der Pandemie Großartiges. Das Gleiche gilt für die Eltern, die ihre Kinder beim Homeschooling so hervorragend unterstützen. Natürlich würden wir den Präsenzunterricht gerne so schnell wie möglich wieder anbieten, die Infektionszahlen sind dafür aber weiterhin zu hoch. Die Pandemie ist weiterhin höchst dynamisch,

aber es gibt die eindeutigen Beschlüsse der letzten Sitzung zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten und -präsidentinnen. Darin heißt es, dass der Präsenzunterricht bis zum 14. Februar 2021 ausgesetzt wird. Schulministerin Yvonne Gebauer hat am Dienstag nochmals betont, dass NRW sich konsequent an diese Beschlüsse hält. Damit leisten die Schulen weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Pandemiebekämpfung. Das ist das Gegenteil vom unterstellten Chaos, das ist ein behutsames Abwägen des Infektionsgeschehens. Genau deshalb war es richtig, dass die Landesregierung in NRW den Präsenzunterricht so lange ermöglicht hat. Das hilft uns jetzt beim Distanzunterricht, bei den Halbjahreszeugnissen und bei den wichtigen Abschlüssen.

### ***Ausbildung: Junge Menschen müssen optimistisch in die Zukunft gehen können***

Die NRW-Koalition aus CDU und FDP hat einen Antrag ins Plenum des Landtages mit dem Ziel eingebracht, die praktische Berufsorientierung auch in Zeiten von Corona zu unterstützen.

In aller Munde ist derzeit die durch Corona bedingte Situation an den Schulen in Nordrhein-Westfalen und die Frage, wie wir eine Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler durch die Pandemie verhindern können. Doch wir müssen auch den logischen nächsten Schritt tun: Diese jungen Menschen dürfen auch bei ihrem anschließenden Eintritt ins Berufsleben keine Benachteiligung erfahren. Tatsächlich aber ist es für viele von ihnen schwierig, angesichts abgesagter Schnuppertage und gecancelter Betriebspraktika eine Wahl für die Zeit nach dem Abschluss zu treffen. Deshalb soll der Landtag die Landesregierung beauftragen, sich hier im Dialog mit Schulen und den Partnern im Ausbildungskonsens verstärkt einzubringen. Wir müssen einen ‚Corona-Ausbildungsjahrgang‘ verhindern – auch in dieser Krise sollen junge Frauen und Männer selbstbewusst, optimistisch und orientiert den Schritt aus der Schule in ihre Zukunft gehen können.

Das Handwerk ist größtenteils gut durch die Krise gekommen und bietet jungen Menschen Perspektiven. Schulen, Berufskollegs und Betriebe sind jetzt besonders gefordert, diese Perspektiven deutlich aufzuzeigen. Wir wollen die Digitalisierung auch in diesem Bereich voranbringen und neue Wege der Berufsorientierung so-wie des Matching-Prozesses zwischen Lehrstätte und Lehrling erproben. Es muss aber auch Möglichkeiten geben, ausgefallene Praxisphasen nachzuholen. Zudem wollen wir Kampagnen der Kammern und anderer berufsständischer Organisationen für die duale Ausbildung unterstützen, um die Optionen, die hier gerade jetzt geboten werden, präsent zu machen. Der Fachkräftemangel ist nicht vorüber, nur weil wir uns in einer Pandemie befinden. Für unsere junge Generation in Nord-rhein-Westfalen liegt in dieser Erkenntnis auch eine große Zukunftschance.

### ***„Pandemische Lage“: Mehr Mitspracherecht für das Parlament***

Die Novelle des Pandemiegesetzes soll einen sachgerechten Ausgleich zwischen der gebotenen parlamentarischen Beteiligung und schneller Handlungsfähigkeit der Exekutive herstellen. Der

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP konkretisiert im Rahmen der Ermächtigung durch das Infektionsschutzgesetz den grundrechtlichen Korridor, in dem sich die Rechtsetzung bewegen darf. Zwischenzeitlich gemachte Erfahrungen und Weiterentwicklungspotentiale wollen wir mit diesem Gesetzentwurf nutzen.

Die am 19. Januar durch die Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin beschlossenen Maßnahmen sind notwendig, um eine Verbreitung dieser Virusmutation mit möglicherweise höherem Ansteckungspotenzial zu verhindern. Es muss jetzt vordringliche Aufgabe sein, so schnell wie möglich wissenschaftliche Gewissheit zu den Eigenschaften dieser Mutation zu erlangen, um eine fundierte Grundlage für zukünftige politische Entscheidungen zur Verfügung stellen zu können. Dies gilt auch für die Frage, ob geimpfte Personen weiterhin als Träger des Virus andere infizieren können. Damit die Landesregierung weiterhin über wirksame Instrumente zur Bekämpfung der Pandemie verfügen kann, werden wir unseren Fraktionen vorschlagen, für die kommende Plenarwoche den Antrag zu stellen, die „epidemische Lage von landesweiter Tragweite für das Land Nordrhein-Westfalen“ um weitere zwei Monate zu verlängern.

Die Fraktionen von CDU und FDP sehen zudem die Beteiligung des Parlaments bei massiven Grundrechtseingriffen als geboten an. Um Mitwirkungsrechte des Palamentes bei der Rechtssetzung während der Corona-Pandemie zu verbessern, wollen CDU- und FDP-Fraktionen den Entwurf des „Gesetz zur parlamentarischen Absicherung der Rechtsetzung in der COVID-19 Pandemie“ in die Beratungen der kommenden Woche einbringen. Wir wollen dabei auch die Opposition einbinden – zu den Gesprächen wurden deshalb auch die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und die SPD eingeladen.

### ***Atempause für Familien: Sonderprogramm für Familienerholung***

Wir wollen eine Million Euro an Haushaltsmitteln bereitstellen, um damit ein Förderprogramm für Familienerholung zu Finanzierung. Dabei ist unser klares Zeichen: wir stehen an der Seite der Familien in NRW – denn sie sind das Fundament unserer Gesellschaft.

Unser Ziel ist es dabei, dass der geförderte Urlaub – sobald er wieder möglich sein wird – in Nordrhein-Westfalen stattfindet. So profitieren auch unsere hiesigen Familienerholungsstätten. Das Familienministerium hat dankenswerterweise umgehend gemeinsam mit der NRW-Koalition den Dialog mit Praktikerinnen und Praktikern aufgenommen, um die Förderbedingungen praxisorientiert zu erarbeiten und so einen unbürokratischen Zugang zum bereitstehenden Geld zu ermöglichen. Wir alle wollen keine Zeit verlieren, damit betroffene Familien nach dem Lockdown die Chance haben, rasch eine sicher bitternotige Atempause einzulegen. Ich hoffe, dass wir auf diese Weise vielen Kindern und ihren Eltern – vielleicht zum ersten Mal – eine schöne, unbeschwerte Zeit miteinander bieten können, die sie sich sonst nicht hätten leisten können.

## Aus der Landesregierung

### **Schulministerin Gebauer: Ausbau des Offenen Ganztags in NRW erhält einen zusätzlichen Impuls**

Für den Ausbau des Offenen Ganztags erhält das Land Nordrhein-Westfalen vom Bund zusätzliche Mittel in Höhe von rund 158 Millionen Euro. Die Verwaltungsvereinbarung zu den „Finanzhilfen des Bundes für das Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder“ war zum 28. Dezember 2020 in Kraft getreten. Dazu kommen rund 67,8 Millionen Euro als Eigenanteil, der hälftig jeweils mit rund 33,9 Millionen Euro vom Land und den Kommunen geleistet wird. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat zugestimmt, sodass die entsprechende Förderrichtlinie zur Umsetzung des Pakets ab sofort gültig ist. Damit können die Mittel nun für Investitionen in den qualitativen und quantitativen Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschul Kinder eingesetzt werden.

Weitere Informationen hierzu gibt es auf der Seite des [MSB](#).

### **SARS-CoV-2: Modellprojekt zur Erfassung der britischen Virusmutation in NRW gestartet**

In den letzten Wochen mehrten sich die weltweiten Berichte zu weiteren Varianten von SARS-CoV-2. Dazu zählen insbesondere die neue sogenannten britische SARS-CoV-2 Variante (B.1.1.7), die zunächst in Großbritannien beobachtet wurde und sich dort rasch verbreitet hat, und die südafrikanische Variante (B.1.351). Auf-grund der bislang weitgehend Unklarheit über die Verbreitung der verschiedenen Virusmutationen in Nordrhein-Westfalen hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales das Modellprojekt „Molekulare Surveillance von SARS-CoV-2-Varianten in NRW“ gestartet, das deren Verbreitung möglichst schnell und umfassend erfassen soll.

Detaillierte Informationen finden Sie [hier](#).

Alle aktuellen Informationen aus der Landesregierung gibt es auf der Internetseite der Staatskanzlei unter <https://www.land.nrw/de/aktuelles-und-presse/pressemitteilungen-und-pressedatenbank>.

Mit den besten Grüßen und bleiben Sie gesund!

Ihre und Eure

*Heike Wermer*